



Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Anteil an Untertiteln sowohl im öffentlich-rechtlichen, als auch im privaten Fernsehen kontinuierlich gesteigert wird, sodass 100% UT am Ende der kommenden Legislaturperiode keine ferne Vision mehr sind?

Antwort CDU/CSU: 

Wir setzen uns für eine barrierefreie Medienvielfalt in Deutschland ein. Menschen mit Behinderung sollen ihr Recht auf informatorische Selbstbestimmung wahrnehmen können. Daher wollen wir mehr barrierefreie Fernseh-, Radio- und Internetangebote der öffentlich-rechtlichen und der privaten Medien. Bestehende barrierefreie Medienangeboten durch Gebärdensprache und Untertitelungen sind gute Ansätze und sollen ausgebaut werden.

Antwort SPD:  Soziale
Politik für
Dich.

Die Zuständigkeit für das Öffentlich-Rechtliche Fernsehen liegt in der Kompetenz der Länder und auch die Einflussnahme auf das private Fernsehen ist begrenzt. Sozialdemokratische Kulturpolitik erhebt dennoch den Anspruch, allen Bürger:innen den Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen. Ein möglichst flächendeckendes Kulturangebot – offen für alle – ist das Ziel unserer Politik. Wir werden uns daher mit Nachdruck darum kümmern, dass sich die Film- und Fernsehbranche weiter öffnen und sich um ein diversitätsorientiertes Angebot bemühen. Bei der anstehenden Novellierung des Filmförderungsgesetzes wird sich die SPD daher für eine verbindlichere Regelung zur Herstellung barrierefreier Filmfassungen einsetzen. Das Abspielen barrierefreier Filmfassungen im Kino kann etwa durch zusätzliche Referenzpunkte angeregt werden. Dies wird sich in Folge auch auf die weiteren Ausspielwege auswirken.



Antwort Grüne:

Wir GRÜNE wollen alle privaten Anbieter*innen von Produkten und Dienstleistungen verpflichten, diese nach einer angemessenen Übergangszeit barrierefrei zu gestalten und anzubieten. Dazu zählen auch private Fernsehsender, die dadurch ihr Programm, beginnend mit neu produzierten Sendungen, Schritt für Schritt komplett untertiteln müssen. Für die öffentlich-rechtlichen Sender sehen die Rundfunkstaatsverträge bereits entsprechende Verpflichtungen vor. Hier wollen wir GRÜNE uns bei Ländern und Sendern dafür einsetzen, dass die Verpflichtung möglichst schnell erfüllt wird. Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind allerdings die Länder zuständig.

Antwort LINKE: 

DIE LINKE fordert umfassende Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen, so auch in der Privatwirtschaft. Der Bund muss in Zusammenarbeit mit Ländern, Kommunen und Selbstvertretungsorganisationen und Verbänden von Menschen mit Behinderungen darauf hinwirken, dass gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention die barrierefreie Zugänglichkeit und die barrierefreie Nutzbarkeit aller öffentlichen wie auch privaten Medienangebote für alle Menschen mit den unterschiedlichsten Beeinträchtigungen ermöglicht. Dazu gehören Untertitelung, Gebärdensprachdolmetschung und Audiodeskription sowie Beiträge in Leichter Sprache im Fernsehen, Radio und im Internet. Dabei ist auch das Recht auf angemessene Vorkehrungen gemäß der UN-BRK zu garantieren. Auch wollen wir die Filmförderungen an den Grundsatz umfassender Barrierefreiheit binden



und schrittweise alle Filme für Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen zugänglich und nutzbar gestalten. Dafür sind ausreichend finanzielle Mittel bereitzustellen.

**Freie
Demokraten**

FDP

Antwort FDP:

Eine vollständige Untertitelung wäre wünschenswert, ist jedoch keine Aufgabe der Bundespolitik.